



Gemeinderat

Niederschrift

über die 2. öffentliche Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, den 27. März 2008 im Sitzungssaal des Rathauses.

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 21:00 Uhr

Anwesende:

Bgm. Engelbert Stenico, Vorsitzender
1. Bgmstv. Mag. Manfred Weiskopf
2. Bgmstv. Herbert Mayer
StR Mag. Manfred Jenewein
StR Hubert Niederbacher
StR Konrad Bock
GR Eva Lunger
GR Richard Reinalter
GR Norbert Lettenbichler
GR Simone Luchetta
GR Markus Gerstgrasser
GR DI Andreas Pfenniger
GR Franz Huber
GR Hansjörg Unterhuber
GR Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler
GR Ing. Roland König
GR-Ers. Christoph Schnegg
GR-Ers. Mathias Niederbacher
GR-Ers. Mag. Jakob Egg

Abwesend und
entschuldigt:

StR Ing. Bernhard Wolf
GR Stefan Oberdorfer
GR Mag. Kurt Leitl

Weiters an-
wesend:

Mag. Elisabeth Reich
Walter Gaim

Schriftführerin:

Sonja Streng

Tagesordnung

1. Niederschrift
2. Anträge des Stadtrates
Neues Benützungsbereinkommen zwischen der Stadt Landeck und der Republik Österreich/Heeresverwaltung, den Militärsportplatz betreffend; Notfallwohnung - Vereinbarung
3. Anträge des Überprüfungsausschusses
Genehmigung der Haushaltsüberschreitungen 2007; Prüfungsbericht zur Jahresrechnung 2007
4. Anträge des Finanzausschusses
Jahresrechnung 2007; Waldumlage für das Jahr 2007; Forderungsverzicht Venet Bergbahnen AG; Außerordentliche Subvention Bezirksmuseumsverein Landeck
5. Anträge des Bau- und Wasserausschusses
Grundverkauf an Jürgen Althaler und Grundübernahme in das öffentliche Gut; Grundverkauf an Elisabeth Mathies
6. Wahl des Entsandten in den Aufsichtsrat der Venet Bergbahnen AG
7. Anträge, Anfragen und Allfälliges

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen, stellt die Beschlussfähigkeit fest und geht sodann auf die Erledigung der Tagesordnung über.

Pkt. 1) der TO.: Niederschrift

Die Niederschrift über die 1. Sitzung des Gemeinderates im Jahre 2008 wird genehmigt und ordnungsgemäß gefertigt.

Pkt. 2) der TO.: Anträge des Stadtrates

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Vorsitzende den Vortrag. Er verliest nachstehende Anträge:

- a. Neues Benützungsbereinkommen zwischen der Stadt Landeck und der Republik Österreich/Heeresverwaltung, den Militärsportplatz betreffend

Die Republik Österreich/Heeresverwaltung, die Republik Österreich/Bundesgebäudeverwaltung und die Stadtgemeinde Landeck haben mit Wirksamkeit 1. Juli 1998 ein Benützungsbereinkommen den Militärsportplatz betreffend abge-

geschlossen. Dieses endet mit 30. Juni 2008. Um eine weitere Nutzung des Sportplatzes zu gewährleisten, wurde eine Zusatzvereinbarung ausgearbeitet. Das Benützungsbereinkommen aus dem Jahre 1998 sowie die Zusatzvereinbarung werden diesem Protokoll als Bestandteil beigefügt.

Der Stadtrat hat sich in seiner Sitzung vom 11. März 2008 mit der vorliegenden Zusatzvereinbarung befasst, und beantragt, der Gemeinderat möge dieser zustimmen.

Der Vorsitzende erläutert, dass das aus dem Jahre 1998 stammende Benützungsbereinkommen unverändert aufrecht bleibe und bis zum 30. Juni 2008 Gültigkeit habe. Er verweist in seinen Ausführungen vor allem auf die Ergänzung, dass die „Sportplatzbaracke“ bis 30. September 2008 auf Kosten und Gefahr der Stadtgemeinde Landeck zu sanieren bzw. renovieren ist und während der Vertragsdauer instand zu halten ist. Für den Fall, dass die „Baracke“ mit einem Aufwand von mehr als Euro 48.000,-- erneuert wird, und der Vertrag nach dem 30. Juni 2013 nicht verlängert wird oder ein käufliche Erwerb der Liegenschaft nicht durchgeführt wird, bezahlt die Republik eine dem Zeitwert entsprechende Ablöse. Des Weiteren verweist er auf den neu aufgenommenen Punkt X. der Zusatzvereinbarung. In diesem Punkt konnte vereinbart werden, dass die Stadtgemeinde Landeck nach dem 30. Juni 2013 den Sportplatz für öffentliche Zwecke vertraglich weiternutzen oder käuflich erwerben könne, dies natürlich vorbehaltlich der Zustimmung der Republik Österreich/Heeresverwaltung. Er ist der Meinung, dass man mit vorliegendem Ergebnis sehr zufrieden sein könne und ersucht er den Gemeinderat um seine Zustimmung zu vorliegender Vereinbarung.

StR Konrad Bock bezeichnet vorliegende Zusatzvereinbarung als gutes Übereinkommen. Dass der Sportplatz am Militärplatz gebraucht werde, stehe außer Diskussion. Er hätte sich jedoch gewünscht, dass man schon früher in Bezug auf einen Kauf aktiv werden hätte müssen, zB hätte man den Verkehrswert ermitteln lassen können. Er ist der Meinung, dass die Stadt in diesem Bereich sicherlich keinen Wohnblock wolle und plädiert er dafür, den Sportplatz anzukaufen und sollte die Stadtgemeinde in die Offensive gehen und von sich aus der Republik Österreich/Heeresverwaltung ein Angebot unterbreiten, wobei die Benützung für das Heer in Form einer Dienstbarkeit sichergestellt werden sollte.

Der Vorsitzende stellt fest, dass eine Kaufoption in der Zusatzvereinbarung festgehalten worden sei und ist er der Meinung, dass es verfrüht wäre, jetzt gleich einen zweiten Schritt zu setzen. Man müsse zudem die Heeresreform abwarten, welche 2010 folge.

GR Richard Reinalter ist als Sportreferent über diese Vereinbarung froh und teilt mit, dass der Platz eine rege Ausnützung erfahre. Da eine dringende Sanierung des Platzes notwendig sei, werde man sich demnächst mit Vertretern des Bundesheeres zusammensetzen. Bei diesem Zusammentreffen werde man auch die Frage Neuaufstellung oder Containerlösung im Hinblick auf die heeres eigene „Baracke“ erörtern.

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich mit vorliegender Zusatzvereinbarung einstimmig einverstanden.

b. Notfallwohnung - Vereinbarung

Die Stadtgemeinde Landeck hat im Dachgeschoss des Gebäudes in der Salurnerstraße 4 eine 57,50 m² große Notfallwohnung errichtet. Kooperationspartner für das Projekt „Notfallwohnung“ sind die Stadtgemeinde Landeck, die Bezirkshauptmannschaft Landeck sowie die Caritas der Diözese Innsbruck. Hinsichtlich der Errichtung, Instandhaltung, Vergabe und Nutzung der Notfallwohnung wurde eine Vereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Landeck und der Caritas der Diözese Innsbruck ausgearbeitet. Die Vereinbarung wird dieser Niederschrift beigegeben.

Der Stadtrat hat sich in seiner Sitzung vom 11. März 2008 mit der vorliegenden Vereinbarung befasst, und beantragt, der Gemeinderat möge dieser zustimmen.

Der Vorsitzende bringt dem Gemeinderat die wichtigsten Eckdaten der Vereinbarung zur Kenntnis und zeigt sich erfreut, dass es gelungen ist, diese Notfallwohnung zu errichten. Außerdem konnte mit dieser Umsetzung ein Punkt des erstellten Sozialleitbildes umgesetzt werden.

Vizebgm. Herbert Mayer erkundigt sich nach der weiteren Vorgangsweise, für den Fall, dass das Startkapital in der Höhe von Euro 4.000,--, welches von der Caritas zur Verfügung gestellt werde, ausgeschöpft ist und stellt in weiterer Folge die Frage, warum die Stadtgemeinde Landeck ausschließlich für die Instandhaltungskosten aufkommen müsse.

Der Vorsitzende teilt zum Thema Startkapital mit, dass dieser Topf in Eigenverantwortung von Frau Nötstaller von der Caritas wieder aufgefüllt werde. Zu den Instandhaltungskosten bemerkt er, dass es sich um eine stadteigene Wohnung handle und sollten in den nächsten 10 Jahren keine Instandhaltungsmaßnahmen größerer Art notwendig sein. Sollte eine Beschädigung durch den Mieter eintreten, gebe es zudem eine entsprechende Versicherung. Bei einer Generalsanierung werde sich die Caritas wieder einbringen müssen, um dieses Projekt fortführen zu können.

StR Konrad Bock findet dieses Projekt grundsätzlich gut, stellt jedoch fest, dass es die Stadtgemeinde finanziell am meisten treffe. Ein Problem habe er hinsichtlich der Vergabe. Er ist der Meinung, dass Landecker Bürger bevorzugt behandelt werden sollten und würde er es nicht einsehen, wenn ein in Not stehender Landecker zurückstehen müsste. Da der Aufenthalt in der Notfallwohnung mit drei Monaten begrenzt ist, befürchtet er zudem, dass nach Ablauf dieser Zeit wiederum an die Stadtgemeinde Landeck wegen Zurverfügungstellung einer Wohnung herangetreten werde. In diesem Zusammenhang versucht er zu bekräftigen, dass auch die Gemeinden im Bezirk zur Verantwortung gezogen werden müssen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass man im Zuge der Erstellung dieser Vereinbarung auch eine vorrangige Behandlung von Landecker Bürgern angesprochen habe. Man sei dann doch bei der Formulierung geblieben, da allgemein festgestellt wurde, dass der Schwerpunkt der Notfälle in Landeck liege. Auch der Begriff „Notfall“ sei nicht wirklich zu definieren, und werde man in einem „lernenden Prozess“ Erfahrungen sammeln und darauf reagieren. Dementsprechend werden die Kooperationspartner zweimal jährlich zusammentreffen, um zu eruieren und Bericht über den Ablauf abzu-

legen. Er stimmt der Meinung von StR Konrad Bock zu, dass die Gemeinden des Bezirkes bei der Suche von Wohnmöglichkeiten in die Pflicht genommen werden müssen.

GR-Ers. Mag. Jakob Egg freut es, dass mit der Errichtung einer Notfallwohnung das erste konkrete Ergebnis des ausgearbeiteten Sozialleitbildes umgesetzt werden konnte. Dies sei ein gutes Beispiel und eine Ermutigung für alle, die an der Ausarbeitung des Sozialleitbildes mitgearbeitet haben.

GR Markus Gerstgrasser bedankt sich beim Vorsitzenden und beim Wohnungsreferenten GR Hubert Niederbacher für ihren Einsatz und das Engagement.

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich mit der vorliegenden Vereinbarung einstimmig einverstanden.

Pkt. 3) der TO.: Anträge des Überprüfungsausschusses

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Überprüfungsausschusses, GR Ing. Roland König, den Vortrag. Er verliest nachstehende Anträge:

a. Genehmigung der Haushaltsüberschreitungen 2007

Der Überprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 11.02.2008 beschlossen, an den Gemeinderat den Antrag zu stellen, die in der Beilage angeführten Ausgabenüberschreitungen 2007 nachträglich zu genehmigen.

Die Ausgabenüberschreitungen 2007 mit einem Betrag von über Euro 1.453,00 wurden durch den Überprüfungsausschuss geprüft. Das Ergebnis der Überprüfung kann dem Prüfungsbericht zum Rechnungsabschluss 2007 entnommen werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt diesem Antrag einstimmig zu.

b. Prüfungsbericht zur Jahresrechnung 2007

Der Obmann des Überprüfungsausschusses, GR Ing. Roland König, verliest den Prüfungsbericht zur Jahresrechnung 2007, welcher dem Protokoll als Bestandteil beigegeben wird.

Als Obmann des Überprüfungsausschusses bedankt er sich in weiterer Folge für die gute Mitarbeit bei den Mitgliedern des Überprüfungsausschusses.

Der Vorsitzende erwähnt, dass er sich in Zukunft hinsichtlich des Kritikpunktes „Ermessensausgaben“ gewissenhaft bemühen werde. Abschließend bedankt er sich beim Überprüfungsausschuss für die ausgezeichnete Arbeit.

Pkt. 4) der TO.: Anträge des Finanzausschusses

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Finanzausschusses, StR Mag. Manfred Jenewein, das Wort.

a. Jahresrechnung 2007

StR Mag. Manfred Jenewein gibt nachstehenden Bericht zur Jahresrechnung ab (die Grafiken sind der Niederschrift als Bestandteil beige geschlossen):

„Wie ist das Jahr 2007 finanziell für die Stadt gelaufen?“ und „Wie steht die Gemeinde am Ende des Jahres 2007 finanziell da?“ – das sind die beiden Kernfragen, mit denen ich mich bei der Analyse des Jahresabschlusses 2007 befassen möchte.

Teil 1: Wie war das Jahr 2007?

1A) „Großwetterlage“

Die Entwicklung bei den Ertragsanteilen (Grafik 1) ist sehr erfreulich. Gegenüber dem Voranschlag 2007 konnte ein Plus von € 250.000,-- oder 5,9 % erreicht werden.

Die Zinsentwicklung des 3 Monats-Euribors (Grafik 2) zeigt ein deutlicher Anstieg im Jahr 2007. Dies könnte ein leichtes Signal für einen Rückgang im Jahr 2008 bedeuten.

Die von uns zu leistenden Abgaben an den Pensionsfonds sowie die Landesbeiträge zeigen eine deutliche Ausgabensteigerung. So erhöht sich die Landesumlage um Euro 30.000,-- und der Behindertenbeitrag um Euro 20.000,--.

1B) „Kleinwetterlage“

Die Abweichungen gegenüber dem Voranschlag zeigt die Grafik 3. Ich möchte nur auf einige markante Abweichungen eingehen:

Klasse 4: Beim Altersheim gab es weniger Ausgaben und Einnahmen. Die fast perfekte Auslastung des Vorjahrs konnte nicht erreicht werden. Dies hängt vor allem auch mit neuen Heimen im Bezirk zusammen, zeigt aber auch, dass die Kapazitäten des Altersheimes für die Stadt ausreichend sind.

Klasse 5: Die Minderausgaben betreffen in erster Linie unsere Kosten für den Bau der ÖBB-Lärmschutzwände, mit einem Minus von Euro 90.000,--. Noch kann es nicht ganz abgeschätzt werden, ob es sich nur um eine Verschiebung der Kosten auf 2008 handelt oder um eine echte Ersparnis.

Klasse 7: Hier spiegelt sich der sehr schlechte Winter 2006/2007 am Venet wider – und zwar durch die Zahlungen für den deutlich höheren Betriebsabgang.

Klasse 8: Die Entwicklung bei Wasser und Kanal war 2007 sehr positiv, was letztlich auch die Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt ermöglicht hat. Mehrkosten hat es bei den Fahrzeugen und bei der Straßenbeleuchtung gegeben. Beim Müll

war der Abgang erfreulicherweise geringer als erwartet. Bei den Grundverkäufen gibt es Mindereinnahmen von rund Euro 200.000,--.

Klasse 9: Die „Finanzwirtschaft“ schaut in dieser Grafik immer am spektakulärsten aus. In den Mehreinnahmen sind die Ertragsanteile enthalten, auch die Kommunalsteuer mit einem Plus von Euro 38.000,-- sowie die höhere Vergnügungssteuer (noch mit einem Unsicherheitsfaktor). Auch der Überschuss aus dem Vorjahr wird hier abgewickelt. Bei den Ausgaben sind es vor allem die Zuführungen an den ordentlichen Haushalt, hier können vor allem der Kindergarten Bruggen und der Innparkplatz als größte Brocken genannt werden.

Nun zur Frage der Budgetdisziplin: Aus meiner Sicht ist diese sehr zufriedenstellend, obwohl man immer noch besser werden kann.

Teil 2: Wie steht die Gemeinde nach dem 31.12.07 da?

Dazu wie immer ein Blick auf einige wichtige Kennzahlen:

Schuldenstand: (Grafik 4): Budgetiert waren ca. Euro 12,5 Millionen; tatsächlich sind es Euro 9,6 Millionen. Dafür gibt es mehrere Gründe: Einzelne Projekte wurden verschoben, als Beispiel wird hier das Vereinshaus genannt. Bei anderen Projekten hat es Veränderungen in der Förderung gegeben (Polytechnische Schule - Turnsaal). Vor allem aber ist es gelungen, einige Vorhaben ohne Aufnahme von Darlehen abzuwickeln, wobei Zuschüsse aus dem ordentlichen Haushalt, zum Beispiel beim Ankauf des Kindergartens Bruggen und bei der Neugestaltung des Innparkplatzes, zugeführt wurden.

Das sehr erfreuliche Ergebnis: Trotz einiger großer Brocken musste im Jahr 2007 kein einziges Darlehen aufgenommen werden! Seit dem Jahr 2003 wurde nur ein einziges Darlehen aufgenommen und zwar für die Ausfinanzierung des Altersheimes. Der Schuldenstand wurde in den letzten 5 Jahren um über 30 % gesenkt.

Dass es heuer keinen Überschuss aus der Jahresrechnung gibt, ist zwar auf den ersten Blick nicht erfreulich, wir haben jedoch alle Bemühungen darauf konzentriert, keine neuen Darlehen aufzunehmen, was bei der derzeitigen Zinssituation sicher der richtige Weg ist. Die Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt wäre eigentlich ein Überschuss in der Höhe von Euro 571.000,--.

Verschuldungsgrad: (Grafik 5)

Der Verschuldungsgrad ist gegenüber dem Vorjahr praktisch gleich geblieben. Ohne den Anstieg des Zinssatzes hätte es sogar einen Rückgang gegeben. Budgetiert war ein Verschuldungsgrad von 54,28 %, tatsächlich sind es 33,96 %.

Rücklagen:

Die Rücklagen betragen per 31.12.2007 Euro 1,96 Millionen, veranschlagt waren Euro 928.000, auch das eine sehr erfreuliche Zahl.

Freie Mittel: (Grafik 6)

Die letzte Kennzahl, die ich präsentieren möchte, sind die „frei verfügbaren Mittel“, also der Handlungsspielraum der Gemeinde – der ist praktisch unverändert geblieben und wie schon in den Vorjahren deutlich höher als veranschlagt.

In Stichworten zusammengefasst ist das Ergebnis des Jahres 2007:

- Der Schuldenstand wurde weiter gesenkt
- Die Rücklagen sind deutlich höher als budgetiert
- Der Verschuldungsgrad ist gleich geblieben

Um die anfangs gestellten zwei Fragen zu beantworten: 1. Das Jahr 2007 war für die Finanzen der Stadt ein sehr erfreuliches Jahr und 2. die Stadtgemeinde Landeck ist meiner Meinung nach finanziell ganz gut gestellt und für die Vorhaben der nächsten Jahre gut gerüstet.

Gleichzeitig gibt es keinen Grund, leichtsinnig zu werden und es wird auch in den nächsten Jahren notwendig sein, jeden Euro zweimal umzudrehen und alle Bemühungen, noch effizienter zu arbeiten, müssen unternommen werden.

Ich bedanke mich bei allen, die zum Erreichen dieses positiven Ergebnisses beigetragen haben – ob im Haus oder auf politischer Ebene – und empfehle daher dem Gemeinderat, der Jahresrechnung 2007 zuzustimmen.

Der Vorsitzende bedankt sich beim Finanzreferenten für seine Ausführungen.

Vizebgm. Herbert Mayer schließt sich dem Dank an den Finanzreferenten an. Er merkt an, dass die Erhöhung der Ertragsanteile nicht aus eigener Kraft erzielt werden konnte, sondern aufgrund der Einnahmequellen Bundesertragsanteile und Kommunalsteuer zustande kamen. Die Steigerung der Kommunalsteuer sei zwar erfreulich, sollte aber nicht zu Freudenstößen veranlassen. Es müsse weiterhin im Interesse der Stadtgemeinde Landeck sein, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Für positiv erachte er die Zuführung von Euro 571.000,- an den außerordentlichen Haushalt. Abschließend spricht er seinen Dank an alle Beteiligten, die zur Erstellung dieser Jahresrechnung ihren Beitrag geleistet haben, aus.

GR Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler ersucht um Aufklärung hinsichtlich des Schuldenstands bzw. Verschuldungsgrads in Bezug auf die Leasing-Raten.

StR Mag. Jenewein erklärt, dass sich der Verschuldungsgrad aus dem laufenden Schuldendienst im Verhältnis zum Bruttoergebnis der fortlaufenden Gebarung berechne. Im Schuldenstand sei das Leasing also nicht berücksichtigt.

Der Vorsitzende bezeichnet das abgelaufene Jahr als ein sehr gutes Jahr und freue es ihn, dass es gelungen ist, kein einziges Darlehen aufzunehmen. Er könne sich nicht erinnern, dass es dies in den letzten 20 Jahren schon einmal gegeben habe. Erfreulich sei für ihn die Entwicklung der Kommunalsteuer, in dessen Budgetposten in den letzten Jahren ein stetiges Plus verzeichnet werden konnte. Er bekräftigt die Meinung von Vizebgm. Herbert Mayer hinsichtlich einer Steigerung und wünscht er sich, dass dieser positive Trend in den nächsten Jahren fortgesetzt werden könne.

In weiterer Folge übergibt der Vorsitzende den Vorsitz an Vizebgm. Mag. Manfred Weiskopf, um in seiner Abwesenheit über den vorliegenden Rechnungsabschluss diskutieren zu können. Sodann verlässt der Bürgermeister den Sitzungssaal.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt Vizebgm. Mag. Manfred Weiskopf über vorliegende Jahresrechnung abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich mit vorliegender Jahresrechnung einstimmig einverstanden und erteilt gleichzeitig dem Bürgermeister die Entlastung.

Der Bürgermeister bedankt sich sodann beim Gemeinderat für die erteilte Zustimmung und weiters bei den Mitarbeitern des Hauses, den Abteilungsleitern und vor allem bei Stadtkämmerer Walter Gaim und allen Beteiligten für die geleistete Arbeit.

b. Waldumlage für das Jahr 2007

Der Finanzausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, die Umlage zur teilweisen Deckung des Personalaufwandes für das Forstaufsichtsorgan gem. § 10 der Tiroler Waldordnung 2005 mit 50 % für den Wirtschaftswald und mit 15 % für den Schutzwald im Ertrag zu erheben.

Die für das Jahr 2007 zu vereinnahmende Waldumlage beträgt daher EUR 10.888,15.

StR Konrad Bock stellt fest, dass auch Beiträge an Waldeigentümer vorgeschrieben werden, die lediglich 20 Cent betragen und stellt er die Sinnhaftigkeit dieser Vorgangsweise im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit in Frage.

Dazu bemerkt Walter Gaim, dass die Finanzabteilung verpflichtet sei, alle Beiträge vorzuschreiben. Allerdings werden diese Minimalbeiträge gleichzeitig mit anderen Vorschriften eingehoben. Er könne sich aber durchaus vorstellen, dass der Gemeinderat einen Beschluss fasse, in dem festgehalten werde, dass die Waldumlage unter einem Betrag von Euro 5,- nicht vorgeschrieben werden müsse.

Hinsichtlich der Frage, ob Waldbesitzer, die nur einen geringen Beitrag zur Waldumlage leisten, auch weiterhin eine Vorschreibung erhalten, werde man sich im Finanzausschuss befassen.

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich mit vorliegendem Antrag des Finanzausschusses einstimmig einverstanden.

c. Forderungsverzicht Venet Bergbahnen AG

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 19.3.2008 beschlossen, an den Gemeinderat nachstehende Anträge zu stellen:

1. Die Stadtgemeinde Landeck gewährt der Venet Bergbahnen AG einen Gesellschafterzuschuss in Form eines Forderungsverzichtes für den Gesamtbetrag an Forderungen der Stadtgemeinde Landeck gegen die Venet Bergbahnen AG per 30. 4.2007 in Höhe von Euro 1.976.164,15.
2. Der Gemeinderat wandelt die ab 1.5.2007 an die Venet Bergbahnen AG geleisteten, rückzahlbaren Zuschüsse für Investitionen und Betriebsabgänge in Höhe von EUR 351.505,00 in einen Gesellschafterzuschuss um. Die Zuschüsse betreffend die Inanspruchnahme der Bürgschaft bzw. Haftung für die ERP-Darlehen FT 313 und ET 774 bleiben davon unberührt.

StR Mag. Manfred Jenewein fügt hinzu, dass dieser Beschluss unter der Bedingung in Kraft trete, dass die Gemeinde Zams einen gleichlautenden Beschluss fasse. Des Weiteren erklärt er, dass Herr Dr. Richard Schweisgut in seiner Funktion als Finanzprüfer der Venet Bergbahnen AG darauf aufmerksam gemacht habe, dass das Eigenkapital positiv gehalten werden müsse, was derzeit auch der Fall sei. Allerdings reduziere das schlechte Betriebsergebnis 2006 und 2007 das Eigenkapital weiter und hätte zur Folge, dass im Falle einer Ablehnung des Forderungsverzichtes die Venet Bergbahnen AG in ein bis zwei Jahren zu liquidieren wäre. Dr. Richard Schweisgut habe mehrere Varianten vorgelegt und habe sich der Finanzausschuss nach eingehender Beratung für vorliegenden Lösungsvorschlag entschieden. Damit werde sichergestellt, dass der Vorstand in den nächsten Jahren auf keinen Fall in Zugzwang kommen werde. Abschließend erklärt er, dass er diesbezüglich bereits Gespräche mit dem Bürgermeister von Zams und dem Obmann des Tourismusverbandes geführt habe und diese ihre Zustimmung signalisiert hätten.

StR Konrad Bock erwähnt, dass es gut sei, diesen Beschluss zu fassen und sei es für ihn wichtig zu unterstreichen, dass durch diesen Beschluss keine neuen Gelder fließen.

GR Ing. Roland König fragt an, ob diese Maßnahme für die Gründung einer GmbH notwendig sei oder dies damit nichts zu tun habe.

StR Mag. Manfred Jenewein teilt mit, dass sich bei einer Änderung der Gesellschaftsform ein Forderungsverzicht nicht auswirken würde.

Der Vorsitzende bemerkt, dass der Steuerberater Dr. Schweisgut bereits in der Vergangenheit darauf hingewiesen habe, dass der Zeitpunkt für eine diesbezügliche Maßnahme kommen werde.

StR Konrad Bock fügt hinzu, dass im Prinzip auch eine Kapitalaufstockung möglich gewesen wäre. Der vorliegende Vorschlag sei jedoch die eleganteste Lösung. Außerdem hält er fest, dass die Gesellschaft keinesfalls insolvenzgefährdet ist.

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich mit den vorliegenden Anträgen zum Forderungsverzicht der Venet Bergbahnen AG einstimmig einverstanden.

- d. Außerordentliche Subvention Bezirksmuseumsverein

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 19.3.2008 mehrheitlich beschlossen, an den Gemeinderat den Antrag zu stellen, an den Bezirksmuseumsverein Landeck für den Umbau des Schloss Landeck, einen weiteren einmaligen Investitionsbeitrag in der Höhe von Euro 100.000,00 zur Auszahlung zu bringen.

Die Bedeckung erfolgt unter der Haushaltsstelle Betriebsmittelrücklage.

StR Mag. Manfred Jenewein berichtet, dass das Ansuchen des Bezirksmuseumsvereins Ende des Jahres 2007 eingereicht wurde, da die Investitionskosten des Bezirksmuseumsvereins durch verschiedene Überschreitungen noch nicht ausfinanziert werden konnten. Zu diesem Zeitpunkt seien die Budgetberatungen bereits auf Hochtouren gelaufen und habe er zu diesem Zeitpunkt noch die Hoffnung gehabt, dass diese Subvention aus dem Überschuss bedeckt werden könne. Nachdem es nun keinen Überschuss gebe, könne die Finanzierung dieses Betrages aus der Rücklage für Getränkesteuerrückzahlungen, die durch die Ablehnung der Rückzahlungen bei den Gastronomiebetrieben nicht mehr in voller Höhe zur Verfügung stehen muss, erfolgen.

GR Ing. Roland König kritisiert in diesem Zusammenhang vor allem den Bezirksmuseumsverein hinsichtlich der Zurverfügungstellung von Informationen. Seiner Meinung nach hätte der Informationsfluss zu den Gemeindegremien transparenter sein können. Außerdem sei auch im Gemeinderatsprotokoll vom 23.09.2004 festgehalten, dass für den Umbau beabsichtigt sei, einen Bauausschuss mit Vertretern aller Gemeinderatsfraktionen sowie aus Mitgliedern des Museumsvereins zu installieren, um den Umbau bestmöglich abwickeln zu können und werde „der Finanzreferent dabei die Kontrolle übernehmen“. Diesbezüglich möchte er von Finanzreferenten StR Mag. Jenewein wissen, welchen Überprüfungsaufwand von ihm erbracht worden ist. Hinsichtlich der Bauträgerübertragung – Bezirksmuseumsverein und nicht die Stadtgemeinde Landeck – erklärt er, dass dies aus seiner Sicht in Ordnung ist, es hätte jedoch der Gemeinderat informiert werden müssen. Grundsätzlich möchte er sich nicht gegen den Subventionswunsch verschließen. Seiner Meinung nach sei die Finanzierung aus dem beabsichtigten Budgetansatz nicht richtig und plädiert er dafür, diese Entscheidung nicht in der heutigen Sitzung zu treffen, sondern zur neuerlichen Beratung zurückzustellen.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Finanzreferent dazu nicht direkt aufgefordert worden sei. Er bemerkt außerdem, dass für das Land ein Finanzierungsplan erstellt worden sei, welcher in Folge des Ansuchens um Förderungsmittel angefordert wurde.

StR Mag. Manfred Jenewein stellt fest, dass er diese Aufforderung nicht als offiziellen Auftrag der Gemeinde verstanden habe, sondern wurde er lediglich als Privatperson in finanztechnischen Fragen zur Unterstützung herangezogen. Indirekt habe er zusammen mit Walter Gaim im Oktober 2007 für Herrn LR Erwin Koler eine Prüfung vorgenommen und einen Bericht dazu verfasst. Er betont, wenn man grundsätzlich der Meinung ist, dass man den Bezirksmuseumsverein unterstützen will, dann sollte man dies jetzt und heute tun, denn dann helfe man doppelt.

StR Konrad Bock bekrittelt, dass ein derart wichtiger Punkt in der Finanzausschusssitzung am 19.03.2008 unter dem Tagesordnungspunkt „Allfälliges“ behandelt wurde. Er hätte dieses Thema auch gerne noch in der Fraktion beraten. Auch er berichtet von unterschiedlichen Informationsständen. Für ihn war es schon überraschend zu hören, dass der Bezirksmuseumsverein eine weitere Unterstützung für die Mehrkosten benötige, nachdem lange dargestellt wurde, dass die Finanzierung ausreichend sei. Trotz den anstehenden Problemen ist er der Meinung, dass man dem Bezirksmuseumsverein auch zu Dank verpflichtet sei, da das Schloss ein wesentlicher Kulturträger der Stadt Landeck darstelle. Er ist mit der Gewährung der Subvention grundsätzlich einverstanden, nur nicht mit der Art der Finanzierung. Er schlägt vor, dass die Finanzierung dahingehend abgeändert werden sollte, dass Euro 90.000,-- aus der Betriebsmittelrücklage und die veranschlagten Euro 10.000,-- aus der laufenden Subvention ausbezahlt werden sollten.

Vizebgm. Mag. Manfred Weiskopf weist zum Thema Informationsdefizite hin, dass es Protokolle des Bauausschusses gebe und betont, dass GR Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler diesem Ausschuss als Obmann vorstehe. Er findet es nicht fair, jetzt zu sagen, man habe nichts gewusst. Seiner Meinung nach sei die Gewährung der Subvention mehr als gerechtfertigt.

GR. Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler entgegnet, dass er nicht mehr diesem Bauausschuss als Obmann vorstehe, sondern wurde GR. Hansjörg Unterhuber nachnominiert, nachdem er aus zeitlichen Gründen dieses Amt abtreten musste.

StR Mag. Manfred Jenewein entschuldigt sich dafür, dass er das Ansuchen des Bezirksmuseumsvereins auf den Tagesordnungspunkt „Allfälliges“ gesetzt habe und werde er sich bemühen, dass dies in Zukunft nicht mehr passiere. Heute gehe es darum, einen einmaligen Investitionsbeitrag in der Höhe von Euro 100.000,-- zu beschließen, die laufende Subvention werde dann im Kulturausschuss beraten.

StR Konrad Bock erklärt, dass er von den Protokollen des Bauausschusses Kenntnis habe. Er betont, dass man über die Gesamtfinanzierung nicht ausführlich aufgeklärt wurde und hätte der Gemeinderat über die finanzielle Situation schon das ein oder andere Mal informiert werden können. Er betont noch einmal, dass die ÖVP-Fraktion der Gewährung von Euro 100.000,-- als Gesamtbetrag zustimme, nicht jedoch der budgetierten Erhöhung der laufenden Subvention um Euro 10.000,--. **Er stellt daher den Zusatzantrag, dass dem Bezirksmuseumsverein Euro 100.000,-- als Gesamtbetrag zur Abdeckung der Investitionskosten gewährt werden, wobei der Betrag von Euro 90.000,-- aus der Betriebsmittelrücklage finanziert werde und die restlichen Euro 10.000,-- aus der veranschlagten laufenden Subvention.**

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass in der Finanzausschusssitzung niemand Einspruch gegen die Tagesordnung erhoben habe und wurde auch keine Bitte um Zurückstellung ausgesprochen, damit diese Thematik eventuell in der Fraktion behandelt hätte werden können. Er sehe auch keinen Sinn darin, heute die laufende Subvention mit zu beschließen, da es sich dabei um zwei verschiedene Dinge handelt.

GR Eva Lungner nimmt zu den Vorwürfen Stellung und erklärt, dass man im Gemeinderat beschlossen habe, einen Bauausschuss aus 4 Vertretern des Gemeinderates und

einem Mitglied des Bezirksmuseumsvereines zu installieren, um den Umbau bestmöglich abwickeln zu können. Auch habe es eine laufende Überprüfung durch einen befugten Baumeister gegeben. Dass auch über die finanzielle Situation im Gemeinderat Bericht erstattet werden hätte sollen, habe sie nicht gewusst und entschuldigt sie sich dafür. Die Mehrkosten belaufen sich derzeit auf Euro 435.000,-- und habe der Bezirksmuseumsverein beim Land Tirol um Euro 200.000,-- angesucht, wofür grundsätzlich die Zustimmung für diese Unterstützung signalisiert worden sei. Den verbleibenden Rest werde man dann mit der Volksbank ausfinanzieren. Für die laufende Subvention werde der Bezirksmuseumsverein ein separates Ansuchen einbringen, und ersucht sie um diesbezügliche Behandlung im Kulturausschuss. Weiters fügt sie hinzu, dass auch beim Land Tirol und beim Tourismusverband um eine Erhöhung der laufenden Subvention angesucht werde.

Vizebgm. Herbert Mayer fragt an, ob die Subvention des Landes im Zusammenhang mit der Gewährung der Subvention der Stadt stehe?

Diesbezüglich teilt der Vorsitzende mit, dass ein Antwortschreiben der Kulturabteilung des Landes vorliege, in welchem mitgeteilt werde, dass die zusätzlich eingereichten Mehrkosten grundsätzlich förderungswürdig sind und anerkannt werden. Dies sei die Basis für das Gespräch mit LR Koler und werde er sofort nach diesem Gespräch den Gemeinderat informieren. Für ihn wäre es zudem auch leichter, wenn er berichten könnte, dass die Stadtgemeinde Landeck einen Beitrag in der Höhe von Euro 100.000,-- leiste. Abschließend weist er daraufhin, dass man nicht vergessen sollte, dass das Schloss Landeck durch den Umbau eine massive Aufwertung erfahren habe und die Zuwendungen von Euro 250.000,-- für die Stadt Landeck im Verhältnis zu Euro 1,6 Mio. für ein im Besitz stehendes Objekt doch relativ gering sind.

GR Ing. Roland König teilt mit, dass er dem vorliegenden Antrag die Zustimmung erteilen werde. Er werde in Zukunft allerdings darauf drängen, dass ein gewisser Informationsfluss an den Gemeinderat zu erfolgen habe.

Nach kurzer weiterer Diskussion lässt der Vorsitzende über vorliegenden Antrag des Finanzausschusses abstimmen. Dazu verlässt Frau GR Eva Lunger aus Befangenheitsgründen den Sitzungssaal.

Beschluss:

Für vorliegenden Antrag ergeben sich 14 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung. Für den eingebrachten Zusatzantrag von StR Konrad Bock ergeben sich 3 Pro-Stimmen bei 15 Gegenstimmen.

Punkt 5) der TO : **Anträge des Bau- und Wasserausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Bau- und Wasserausschusses, StR Konrad Bock, den Vortrag. Er verliest nachstehende Anträge:

a) Grundverkauf an Jürgen Althaler und Grundübernahme in das öffentliche Gut:

Für die geplante Erweiterung seines Spengler- und Glaserbetriebes hat Herr Jürgen Althaler bei der Stadtgemeinde Landeck um die käufliche Überlassung eines schmalen Grundstreifens mit ca. 19 m² aus der stadteigenen Gp. 1267/1 und um Übernahme des zwischen seinem Grundstück und der Wegparzelle verbleibenden Restgrundes in das öffentliche Gut des Perjenerweges (Gp. 1788/1) angesucht.

Der Bau- und Wasserausschuss hat sich in seiner Sitzung am 10. März nach einer vorhergehenden Besichtigung mit dieser Angelegenheit befasst und befürwortet das Ansuchen unter folgenden Bedingungen:

Die Fahrbahnbreite des Perjenerweges muss gemessen vom innseitigen Gehsteigerandstein mindestens 6,0 m betragen. Als Grundpreis wird Euro 200,--/m² vorgeschlagen, wobei alle mit diesem Rechtsgeschäft anfallenden Kosten, Gebühren und Steuern vom Grundkäufer zu tragen sind. Dasselbe gilt auch für die Vermessung und Verbüchierung des in das öffentliche Gut zu überschreibenden Restgrundes.

Der Gemeinderat wird um Beschlussfassung im Sinne dieses Antrages ersucht.

Beschluss:

Für diesen Antrag ergibt sich Einstimmigkeit.

b) Grundverkauf an Elisabeth Mathies

Frau Elisabeth Mathies hat bei der Stadtgemeinde Landeck um die käufliche Überlassung einer ca. 200 m² großen Teilfläche aus der stadteigenen Gp. 1226/50 für die Errichtung eines Zubaus beim Wohnhaus Leitenweg 43 angesucht.

Nach einem Lokalaugenschein und nach mehrmaligen Beratungen stellt der Bau- und Wasserausschuss den Antrag um Verkauf der gewünschten Fläche an Elisabeth Mathies zu folgenden Bedingungen:

Der Grundpreisvorschlag beträgt Euro 135,--/m², wobei alle mit diesem Rechtsgeschäft anfallenden Kosten, Gebühren und Steuern von der Grundwerberin zu tragen sind.

Die neue Grundgrenze zum Leitenweg wird mit 5,50 m vom talseitigen Fahrbahnrand dieses Weges festgelegt, sodass zum überdachten Stellplatz noch ein Grundstreifen von 0,5 m im Eigentum der Antragstellerin verbleibt.

Die Antragstellerin hat zu veranlassen, dass einerseits der bestehende Fußweg entsprechend der mit Frau Rosa Andexlinger getroffenen Vereinbarung nach der Baumaßnahme wiedererrichtet und der Abwasserkanal im Einvernehmen mit Dr. Waldner als Kanalmitigentümer umgelegt wird.

Beschluss:

Dieser Antrag des Bau- und Wasserausschusses wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Pkt. 6) der TO.: Wahl des Entsandten in den Aufsichtsrat der Venet Bergbahnen AG

Der Vorsitzende verliest nachstehenden Antrag:

Gemäß der Satzung der Venet Bergbahnen AG hat die Stadtgemeinde Landeck zwei Entsandte im Aufsichtsrat. Einer davon ist Herr Günter Stürz. Um der Satzung zu entsprechen, wird StR Mag. Manfred Jenewein als weiterer Entsandter in den Aufsichtsrat der Venet Bergbahnen AG vorgeschlagen.

Der Gemeinderat wird um Beratung und Beschlussfassung ersucht

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich damit einstimmig einverstanden.

Pkt. 7) der TO.: Anträge, Anfragen und Allfälliges

- a) Der Vorsitzende berichtet, dass gestern die Preisverleihung des 1. Recyclinghof-Wettbewerbes, welcher von der Umweltwerkstatt initiiert worden war, stattgefunden habe. Im Anschluss an die Befragung der Bevölkerung mit Hilfe von Stimmzetteln wurden die 24 nominierten Recyclinghöfe aus dem Bezirk von einer fachkundigen Jury genau unter die Lupe genommen. Dabei wurden diese zuerst auf bauliche und sicherheitstechnische Standards überprüft. In weiterer Folge wurde die Sauberkeit bzw. Qualität der Trennung kontrolliert. Nach diesem Prozedere konnten die fünf Finalisten präsentiert werden, darunter auch der Wertstoffhof der Stadtgemeinde Landeck. Als Sieger ging schlussendlich der Fisser Recyclinghof hervor. Der Wertstoffhof der Stadtgemeinde Landeck habe ausgezeichnete Werte erreicht und gratuliert er den Mitarbeitern zu diesem Erfolg und spricht seinen Dank aus.

Der Gemeinderat schließt sich dem Dank an.

GR Ing. Roland König merkt an, dass der Dank nicht nur den Angestellten gebühre, sondern auch den Bürgern, welche maßgeblich an der Mülltrennung beteiligt sind.

- b) GR. Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler informiert den Gemeinderat, dass gestern das „Hotelleitsystem“ des Tourismusverbandes im Zuge des Verkehrsleitsystems präsentiert worden sei und bedankt er sich bei den Teilnehmern für die konstruktive Mitarbeit.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Information.

- c) GR. Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler fragt an, ob es mit der Alpenländischen Heimstätte bereits eine Vereinbarung hinsichtlich der Parkgebühren für die Parkgarage Citypassage gebe, nachdem beabsichtigt sei, diese Garage ins Parkleitsystem mit einzubinden.

Dazu teilt der Vorsitzende mit, dass sie sich an die Gebühren der Stadt anlehnen möchten. Die Entscheidung werde letztendlich nach Vorliegen eines Betreibers getroffen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung und bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit.
